

## **Jour fixe vom 7.9.2026: Machtwechsel in Bolivien (GS 2-26)**

I. Ausgangspunkt des Artikels ist der Regierungswechsel in Bolivien 2025. Der Machtantritt der rechten Regierung beendet die 20 Jahre lange linke Regierungszeit, in der ein neues Programm für Bolivien betrieben wurde. Zu klären ist: Was für ein Land war Bolivien vor dem MAS (Movimiento al Socialismo) Regierung, was wollte Morales aus dem Land machen; was wurde erreicht, was hat sich geändert und weshalb ist jetzt die rechte Regierung an die Macht gekommen?

— Morales ist mit dem Anspruch angetreten, das verarmte Volk in Bolivien besser zu stellen und auf dem Weg dorthin auch die Spaltung des Landes in arm und reich zu überwinden. Er traf mit diesem Anspruch auf politökonomische Verhältnisse, in denen eine große verarmte Schicht von Indigenen existierte, die, wenn überhaupt, nur als störende Masse vorkam. Reichtum gab es in Form von Öl- und Gasgeschäften und industrieller Agrarwirtschaft; in diesen Sparten wurde Reichtum erwirtschaftet, das Volk dabei aber nicht benötigt. Die Gewinne der Erdgas- und Agrarindustrien wurden auch nicht im Land angelegt, um dort das Wirtschaftswachstum zu befördern, sondern gingen im wesentlichen ins Ausland.

Dass große Teile der bolivianischen Bevölkerung an der dortigen Ökonomie nicht beteiligt sind, nicht gebraucht werden und nur mühselig ihr Überleben bewerkstelligen können, war für das Programm von Morales entscheidend, da dies auch einherging mit ihrer Nichtbeteiligung am politischen und gesellschaftlichen Leben. „Spaltung“ heißt speziell auf Bolivien bezogen, dass eine herrschende, im wesentlichen europastämmige Elite einer weitgehend ausgeschlossenen Mehrheit der indigenen Bevölkerung gegenüber steht. Morales Ziel war es nicht nur, diese armen und ausgeschlossenen Schichten der bolivianischen Bevölkerung auf Vordermann zu bringen. Deren Einbezug in Politik und Ökonomie sollte auch das Land selber anders voranbringen, das bisher nur als Bereicherungsquelle für wenige im Land taugte.

Und „ausgeschlossen“ sein bedeutet ja nicht, dass arm und reich einfach nebeneinander existieren und nichts miteinander zu tun haben, sondern der Ausschluss ist mit massiven Folgen für die Leute verbunden. Die Reichtumsvermehrung in wenigen Händen verursacht die sehr prekären Lebensverhältnissen der Armen, hier der Indigenen, die sich daher immer wieder gegen die Staatsmacht oder gegen die großen Eigentümer zur Wehr setzen müssen.

— Zum großen Teil sind sie praktisch einfach „im Weg“ für Minenkonzerne, die Land okkupieren, und für große Agrarkonzerne, die die Leute einfach enteignen und vertreiben. Durchschlagen müssen sich die meisten dann im informellen Sektor des „El Alto“ mit irgendwelchen Kleinhandelsgeschäften, Drogenhandel und ähnlichem. Daneben gibt es die Subsistenzwirtschaft von Klein- und Kleinstbauern, die in die schlechtesten Regionen ins Hochland abgedrängt versuchen, irgendwie Lebensmittel für ihren Unterhalt zu erwirtschaften.

Die Mehrheit der Bolivianer wurde als Arbeitskräfte für die kapitalistischen Verhältnisse im Land nicht gebraucht. Von der Art der Geschäfte der wenigen Reichen sind sie zum einen darüber betroffen, dass sie von fruchtbarem Land und/oder von den Orten vertrieben werden, an denen sie bisher lebten, weil die z.B. für Bergbau beansprucht werden. Soweit sie als Hilfskräfte in diesen Bergbauunternehmen beschäftigt sind, unterliegen sie den Geschäftskonjunkturen des Weltmarkts und werden immer wieder massenhaft entlassen. Aus den Landflüchtlingen und ähnlichen Existenzen speist sich die Bevölkerung von „El Alto“, dieser s.g. informelle Sektor wird für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung zur Normalität des privaten Arbeitens. Wie bezieht sich Morales auf diese Verhältnisse?

— Morales will die Leute aus diesem informellen Sektor herauszuholen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen, will dabei aber die kapitalistischen Eigentümer nicht angreifen, weil er sie als die Grundlage für sein Programm sieht. Deshalb nimmt der Staat die Umverteilung mit seinen finanziellen Mitteln in die Hand.

— Er versucht mit seinem Programm, die gesamte Bevölkerung zu einem Staatsvolk und damit auch nützlich für den Staat zu machen und darüber Anschluss an die moderne

Staatenwelt zu finden.

55 — Morales Programm ist aber auch eine Kampfansage an die herrschenden Verhältnisse, schon allein dadurch, dass die etwa 60 Prozent Indigenen eine Rolle als Volk bekommen sollen. Der Staat behandelt sie zunächst als Betreuungsfall, aber mit der klaren Aufgabe, sich mit Hilfe der Unterstützung nützlich zu machen: für die Wirtschaft, den Staat, aber auch nützlich für sich selbst und ihre Lebensunterhalt. Das ist keine Umverteilung, sondern eine politische Umgestaltung des bisher bestehenden Gegensatzes.

60 Das eine ist die Kampfansage an die herrschenden Verhältnisse, das andere, warum Morales das selbst überhaupt nicht als Kampfansage versteht, sondern als großes Versöhnungswerk. Das dritte ist, was das ökonomisch bedeutet und wie er sich praktisch zu den kapitalistischen Verhältnissen und den Privateigentümern im Land stellt. Morales nennt seine Bewegung ja Bewegung zum Sozialismus. Er will eine Raison für die bolivianische Nation für das ganze  
65 Volk, die bislang Marginalisierten sollen zu anerkannten Volksgenossen erhoben werden. Zunächst war das eine politische Bewegung, die an der Unzufriedenheit und dem Aufständischem im Land angeknüpft hat.

— Morales sieht in den Zuständen zwar auch die Verarmung der Leute, wichtig ist ihm dabei aber, dass dies eine Spaltung der Einheit des Volkes darstellt. Sein erstes politisches  
70 Anliegen ist es, ein einiges bolivianisches Volks herzustellen. Für diese Einheit will er die bisher ausgegrenzte Bevölkerungsmehrheit auch wirklich zum aktiven Mitglied eines gemeinsamen Volkes machen. Seine Ausgangsanalyse charakterisiert die festgestellten Gegensätze als Mangel an nationaler Einheit. Das ist eine theoretische Leistung von ihm, die zu kritisieren ist.

75 „Einheit herstellen, um die Spaltung zu überwinden“ fasst seine Analyse nicht. Morales bezieht sich einerseits auf die herrschende Klasse, die Nutznießer von Macht und Reichtum im Land ist. Auf der anderen Seite stört ihn, dass der allergrößte Bevölkerungsteil davon ausgeschlossen ist. Sobald sie ihre Interessen geltend machen, um ein besseres Auskommen kämpfen, werden sie von oben gewaltsam niedergeschlagen. Dass diese Teile der  
80 Bevölkerung nicht in Gesellschaft, Ökonomie und politisches Leben integriert sind, ist für ihn der wesentliche Grund dafür, dass sie keinen Beitrag zum Fortkommen der Nation leisten können, also auch selber in Armut verharren müssen. Beides will er in Angriff nehmen, sie zu anerkannten Bürgern machen und ihnen eine produktive Rolle in der Nation verschaffen.

85 Ihr Kampf und ihre Unzufriedenheit werden überführt in die Wahl dieser Bewegung zu einer staatstragenden Partei, die sich dem Volk verpflichtet sieht und dafür in der Verantwortung steht, dass die politisch Eingemeindeten auch zu nützlichen Elementen der Nation werden. Nach Morales Auffassung ist dieses Versöhnungswerk ein Dienst am ganzen Volk, durch das alle Teile des Volkes auf ihre Kosten kommen. Damit abstrahiert er von der Unvereinbarkeit  
90 der bestehenden Interessen und davon, dass die herrschende Klasse überhaupt nicht auf dem Standpunkt steht, sich mit irgendjemandem versöhnen zu müssen.

— Diese Abstraktion, „die Ideale der nationalen Gemeinsamkeit“ (S. 113), werden in dem Referendum von 2009 in die Verfassung aufgenommen. Es wurde beschlossen, dass gleiches  
95 Recht und Rang zwischen allen Klassen herrscht und damit auch Indigene in politische Ämter kommen. Damit hat Morales sich den Hass der alten Eliten zugezogen. Dabei will er deren ökonomische und politische Rolle nicht auflösen.

— Aber Staatsgelder für die Schaffung sozialer Einrichtungen zu verwenden, für ein Gesundheitswesen für alle Bolivianer u.ä., das ist schon eine Kampfansage an die bisherige Elite, die darin eine reine Verschwendung des Staatsreichtums sieht.

100 Sein Programm ist ein Angriff auf die Vorherrschaft der alten Eliten, Eigentümer und Nutznießer dieser Verhältnisse, denn er etabliert ja einen Staat, der das von ihm aufgelegte Programm gegen deren Interessen durchzusetzen versucht. Zugleich setzt er die beherrschende ökonomische Rolle der Eigentümer nicht außer Kraft.

— *Ja, die Herrschaft der alten Eliten wird in Frage gestellt, aber nicht die Wirksamkeit von*  
105 *Eigentum und Ausbeutung. Die Kapitalisten sollen ihren Beitrag leisten für das Programm*  
*von Morales, den Massen endlich einen Lebensunterhalt zu ermöglichen.*

In dem Sinne findet tatsächlich eine Neuaufstellung des Staates und eine Neuausrichtung der  
Politik statt. Die bisher herrschende ökonomische und politische Elite ist damit konfrontiert,  
dass einem wesentlichen Teil der Bevölkerung, der bisher von der politischen Herrschaft  
110 ausgeschlossen war, jetzt gleiche Rechte und gleiche Anerkennung zuteil wird. Sie werden  
zu *Anspruchsberechtigten*, die mit ihren Anliegen auch Gehör und in der Politik  
Berücksichtigung finden sollen und sie sollen in der Regierung politisch vertreten sein. Das  
ist nicht einfach den Leuten einen Lebensunterhalt verschaffen, sondern der Artikel nennt  
dazu das Stichwort „*Politisierung*“ (S.112). Die Leute sollen zu anerkannten Staatsbürgern  
115 werden mit Rechten und Ansprüchen, auch auf Teilhabe an der Politik. Das ist die  
Bestreitung der Ausrichtung der Politik an den Interessen der wenigen Reichen im Lande,  
wie sie bisher praktiziert worden ist.

**II.** Welche Folgen hat diese Neuausrichtung des Staates und der Politik für die Ökonomie  
und die Interessen der bisher regierenden Eliten? Was heißt das für die in die Rolle von  
120 anerkannten Staatsbürgern eingeführte Bevölkerung? Die kapitalistischen Eigentümer  
werden nicht angegriffen, denn sie sollen den Reichtum erwirtschaften, von dem das Volk  
über den Staat profitieren kann. Der Staat macht *sich* zum Subjekt der Umverteilung des  
staatlichen Reichtums.

— *Es gibt staatliche Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, der Staat baut die*  
125 *Infrastruktur aus. Es gibt auch direkte kleine Geldzuweisungen in der Art von Sozialhilfe für*  
*alleinerziehende Mütter und Gesundheitsfürsorge. Das alles wird aus dem Staatshaushalt*  
*finanziert.*

Die bislang nicht verwendete Bevölkerung soll in die Lage versetzt werden, einer regulären  
Tätigkeit nachgehen zu können, Arbeitsplätze zu finden, staatsnützliche Aufgaben zu  
130 erledigen. Es fließt nicht einfach Geld zum Überleben. Die Leistungen sind an Bedingungen  
geknüpft: Mütter müssen nachweisen, dass sie mit den Kindern zur Gesundheitsvorsorge  
gegangen sind; Eltern müssen ihre Kinder zur Schule schicken. So eine Gesundheitsfürsorge  
gab es vorher nicht und weite Teile der Bevölkerung waren von Bildung und Ausbildung  
ausgeschlossen. Durch die staatlichen Zahlungen verfügen nun auch Bevölkerungsteile, die  
135 bisher davon nahezu ausgeschlossen waren, erstmals über etwas mehr Geld, um überhaupt  
nennenswert an der kleinen Zirkulation und so am kapitalistischen Geschäftsleben als  
Käufer teilnehmen zu können.

— *Das Volk soll sich in die Wirtschaft integrieren und dadurch einen auskömmlichen*  
*Erwerb haben. Das ergänzt Morales mit einem Infrastrukturprogramm. So will er den*  
140 *Aufbau von Industriebetrieben befördern, die Arbeitsplätze bereitstellen und die dort*  
*Arbeitenden sollen einen Mindestlohn erhalten, damit sie über die Runden kommen und*  
*funktional sind. Damit sie mobil sind, soll das Benzin billiger sein.*

Morales kümmert sich um positive Bedingungen für ein kapitalistisches Geschäft im Land,  
das er zum Teil staatlich anstößt oder gleich selbst Industriebetriebe gründet. Seine  
145 Vorstellung von einem florierenden Land ist also ein florierender *Kapitalismus*,  
kapitalistisches Wachstum und das *Ideal*, dass das ganze Volk gebraucht wird, sich nützlich  
macht und somit sich und der ganzen Nation zu Reichtum verhilft.

— *Wie geht das zweite Wahlversprechen von Morales, dass Teile der Öl- und Gasindustrie*  
*nationalisiert werden, ohne dass deren Enteignung stattfindet?*

150 Er enteignet nicht, sondern kauft 51% der Anteile und macht so Bolivien zum  
Mehrheitseigentümer. Um seine Einkünfte zu mehren und nicht lediglich Lizenzgebühren  
und Steuern sondern selbst Gewinne aus den Rohstoffgeschäften zu beziehen, macht der  
bolivianische Staat sich zum Anteilseigner der Öl- und Gasfirmen. Das ist natürlich nicht auf  
große Gegenliebe gestoßen, aber die Bedingungen wurden letztlich so ausgestaltet, dass das  
155 Bereicherungsinteresse der Kapitale trotzdem aufging und sich diese für sein

Staatsprogramm einspannen ließen. Damit hat er allerdings den Staatshaushalt und damit die neuen zusätzlichen Leistungen des Staates abhängig von den Konjunkturen des Weltmarkts gemacht.

160 — *Das ging zu der Zeit auf, weil die Weltmarktpreise für Öl und Gas so hoch waren, dass alle Beteiligten auf ihre Kosten gekommen sind. Das lag nicht an der Geschicklichkeit von Morales.*

Die hohen Weltmarktpreise waren der Grund dafür, dass das so in Gang gekommen ist und sich Morales für Bolivien einen größeren Anteil am Rohstoffgeschäft sichern konnte. Die Abhängigkeit der Staatseinnahmen vom Weltmarkt ändert das nicht.

165 — *Auch bei der zweiten großen Reichtumsquelle des Staates, der **Agrarwirtschaft**, geht die Politik von Morales widersprüchlich vor: einerseits soll eine Bodenreform die normalen Subsistenzbauern in die Lage versetzen für den einheimischen Markt zu produzieren und zur Volksernährung beitragen, sowie ein Einkommen erzielen. Andererseits will Morales die Agrarindustrie nicht in ihrer Funktion beeinträchtigen. Dafür wird eine Obergrenze von*  
170 *Landbesitz festgelegt, die dann aber nicht konsequent durchgesetzt wird. Weil andererseits die Agrarindustrie wichtige Devisen für das Land erwirtschaftet, aber in keiner Weise zur Volksernährung beiträgt, im Gegenteil.*

— *Der Widerspruch an der exportorientierten Agrarwirtschaft in Bolivien geht so: Der Staat fördert sie, weil sie Devisen für seinen Haushalt bringt. Aber anders als in*  
175 *Industrieländern trägt sie nicht zur Volksernährung bei. Die Exporte sind Abzug und nicht Überschuss von Lebensmitteln.*

— *Mit Zuschüssen zu Käufen von Saatgut und landwirtschaftlichen Produktionsmitteln soll im kargen Hochland die klein- und kleinstbäuerliche Landwirtschaft in die Lage versetzt werden, am Markt teilzunehmen; das war zumindest die Absicht der MAS-Regierung. Aber*  
180 *was da geschaffen wurde, sind armselige Existenzen auf einem unfruchtbaren Hochland.*

Der Löwenanteil der in der bolivianischen Agrarindustrie erwirtschafteten Gewinne, ca. 90%, beruht auf Produkten, die in den Export gehen. Mit ihrem Bodenbedarf dafür steht die Agrarindustrie in einem Widerspruch zu den Klein- und Subsistenzbauern und überhaupt zu einer nationalen Nahrungsmittelproduktion. Die Agrarindustrie ist Privateigentum von  
185 Großgrundbesitzern und beansprucht die guten Böden. Die Kleinproduzenten sind marginalisiert, die Nahrungsmittel müssen im Wesentlichen importiert werden. Die Importpreise sind Weltmarktpreise, mit denen die Kleinbauern nicht konkurrieren können. Der Staat versucht die Kleinproduzenten zu unterstützen, das ändert aber nichts an der Perpetuierung der Verhältnisse, weil er auf die Erfolge der Agrarindustrie angewiesen bleibt  
190 und sich deshalb mit ihr arrangiert.

Das beabsichtigte Geschäft mit dem **Lithium** wirft noch ein anderes Schlaglicht auf die Entwicklungsbemühungen der Morales-Regierung.

— *Mit dem Lithium-Abbau sollte eine eigene nationale Reichtumsquelle des bolivianischen Staates geschaffen werden im Unterschied zum Erdgas, das ins Ausland*  
195 *transportiert wird, wo dann Geschäfte damit gemacht werden. Dieses Vorhaben ist am Mangel von Kapital und Knowhow gescheitert, weil die Gewinnung von Lithium technologisch nicht so einfach ist. Daneben werden bei der Gewinnung von Lithium die Lebensgrundlagen ganzer Bevölkerungsteile zerstört und auch der Tourismus in den betroffenen Regionen geschädigt.*

200 — *Das Lithium war zwar auch für den Verkauf auf dem internationalen Markt gedacht, aber seine Produktion sollte ein heimischer Wirtschaftszweig werden.*

Dass es im Land weiterverarbeitet wird, z.B. zu Batterien, ist das Ziel. Erst einmal wird es mit dem Zweck der Kapitalverwertung und eines Wachstums in Bolivien *abgebaut*. Geschäft wird damit letztendlich woanders gemacht, es ist ein Exportartikel. Daher gilt auch hier die  
205 Abhängigkeit von den Weltmarktkonjunkturen. Bolivien muss diese Produktion ohne alle

Voraussetzungen erst vollständig neu aufbauen und steht mit der Kapitalproduktivität bei der industriellen Verarbeitung in Konkurrenz zu anderen Ländern, die das gleiche produzieren.

— *Wegen dieser schlechten Stellung im Konkurrenzverhältnis zu bereits Lithium produzierenden Ländern hat Bolivien sich gezwungen gesehen, es so ruinös für die Umwelt abzubauen und mit Preisdumping auf dem Weltmarkt anzubieten, um seinen ausländischen Kooperationspartnern hinreichend attraktive Gewinnmargen anbieten zu können.*

Genau diesen Widerspruch hat sich das Land mit diesem Projekt eingehandelt: Die Gewinnung und Verarbeitung von Lithium, um es auf dem Weltmarkt zu verkaufen, sollte mehr sein als nur einen Rohstoff zu verkaufen, der dann anderswo Verwendung findet. Es sollte ein industrielles Geschäft und damit Reichumsvermehrung im Land angestoßen werden, um einen Teil der Wertschöpfung in Bolivien stattfinden zu lassen. Dieses Ziel stößt auf die genannten Schranken, weil eine industrielle Basis im Land, die dafür als Ausgangspunkt erforderlich wäre, fehlt. Weder gibt es befähigte Arbeiter, noch Transportmöglichkeiten, noch das technologische Wissen, noch das nötige Kapital. So ist Bolivien darauf verwiesen, Kooperationen mit auswärtigen Kapitalisten einzugehen. Die wiederum kalkulieren nach ihren Rentabilitätskriterien, ob sie das Lithiumgeschäft mit Bolivien für lohnend halten, oder sich doch lieber für das Lithiumgeschäft in Argentinien oder China entscheiden.

**III.** Wegen hoher Exportpreise auf dem Weltmarkt für Öl und Gas hatten Morales und seine Regierung über etwa ein Jahrzehnt hinweg hohe Staatseinnahmen und dadurch eine finanzielle Handlungsfreiheit; sie konnten mit den massiv steigenden Haushaltsmitteln ihr Regierungsprogramm finanzieren. Was ist in dieser Zeit aus dem Rest der Ökonomie geworden?

— *Der informelle Sektor hat weiter fortbestanden ohne einen Beitrag zum Staatshaushalt zu liefern. Gleichzeitig hat der Staat die sozialen Zuwendungen wie Renten, Mikrokredite etc. verteilt. Das hat die Kaufkraft im informellen Sektor gestärkt, aber das erwartete Resultat, die Einbindung von Bevölkerungsteilen in den formellen Sektor, kam nicht zustande.*

Entgegen dem eigentlichen Programm, aus dem Arbeitsvolk sozialversicherungspflichtige und steuerzahlende Lohnarbeiter zu machen, führten die staatlichen Finanzierungen zu einem Wachstum des informellen Sektors. In dem fanden vermehrt Importgeschäfte mit China statt, die z.T. am Staat vorbeigegangen sind. Zudem formierten sich politische Vertretungen des wachsenden informellen Sektors, mit denen Morales sich arrangiert hat, weil der informelle Sektor, den er ja eigentlich überflüssig machen wollte, sehr viel Volk und damit Wähler ernährte.

Allerdings hat sich dieser Sektor unter der MAS-Regierung verändert; es ist nicht nur dabei geblieben, dass er für den Staat keine Einnahmequelle bildet: Vor Morales war der informelle Sektor eine Sphäre in der Ökonomie getrennt von dem, was der Staat an Ökonomie im Land betreut hat, also die Interessen der Großgrundbesitzer und der ausländischen Ölkonzerne. Damals haben die armen Leute wie Kleinhändler, Handwerker, Kleinproduzenten usw. untereinander ihre Geschäfte gemacht. Durch die staatlich gestiftete Zahlungsfähigkeit wurden Geschäfte ganz anderen Ausmaßes lohnend, so dass das Händlerwesen zugenommen hat und Billigimporte aus China und Brasilien im großen Maßstab auf die informellen Märkte gekommen ist. Gerade die Kleinproduzenten konnten mit den billigen Importwaren nicht konkurrieren.

— *Der Staat hat sich gegenüber den indigenen Subsistenz-wirtschaftenden Bauern ganz anders gezeigt. Wenn die den großagrarisches Interessen im Wege standen, wurden sie bekämpft. Im informellen Sektordagegen konnten staatliche Repressionen offenbar durch eine starke Interessenvertretung in der Politik verhindert werden.*

Der Charakter des informellen Sektors hat sich dadurch geändert: Zunehmend ist auch auswärtiges Handelskapital in dieser Sphäre tätig geworden ist und es sind regelnde, organisierende und Einfluss nehmende Institutionen entstanden, auf die sich die MAS-

Regierung positiv bezogen hat: Es wurden ihnen gewisse Freiheiten eingeräumt. Die MAS-Regierung hat damit anerkannt, dass der informelle Sektor als Lebensgrundlage der Mehrheit des Volkes sein Recht hat und mit Hilfe der „Gremiales“ etc. in gewisser Weise unter Kontrolle ist. Außerdem fließen dem Staat über Zölle oder Mehrwertsteuer von formell registrierten Firmen Einnahmen zu, auch wenn die Mehrzahl der Geschäfte am Staat vorbeigehen. Innerhalb des informellen Sektors entstanden ganz unterschiedliche Charaktermasken: Erfolgreiche Geschäftemacher, Tagelöhner bzw. Handlanger und kleine Handelsfiguren mit ihren Funktionären.

Soweit das Resultat von zehn Jahren „erfolgreicher“ MAS-Politik. Wenn dann die Weltmarktpreise in die andere Richtung gehen, folgt der Umschlag in die Krise.

— „**Der Fluch eines Rohstoffhaushalts**“ (S. 125) besteht darin, dass die Konjunkturen der Rohstoffweltmärkte einerseits Wirtschaftswachstum schaffen, wie zehn Jahre lang in Bolivien, dieses Wachstum aber auch wieder zunichte machen, wenn die Nachfrage fehlt, also entsprechende Einnahmen aus dem Exportgeschäft ausbleiben. Das eigentliche Geschäft wird da gemacht, wo industrielle Weiterverarbeitung stattfindet. Für Bolivien heißt das, dass die im Aufbau befindlichen einschlägigen Industrien mangels Einnahmen aus dem Rohstoffexport zu reinen Zuschussbetrieben wurden.

— Es ist dem bolivianischen Staat also in der Zeit der hohen Rohstoffpreise nicht gelungen, mit seinen auch über Schulden finanzierten Infrastrukturmaßnahmen Kapital anzuziehen, das diese Infrastruktur für lohnende Geschäfte nützt und damit Bolivien zu einem ordentlichen Wirtschaftsstandort verhilft mit entsprechender Nachfrage nach Arbeitskräften usw. Die Abhängigkeit seiner Geldzirkulation von den Rohstoffpreisen wird bei deren Sinken für den bolivianischen Staat fatal, weil es ihm nicht gelungen ist, sich als Industriestandort für andere Waren zu etablieren.

Eine nationale Kapitalakkumulation im Land, also produktives Arbeiten für die Vermehrung von Geld, ist kaum zustande gekommen. Die bolivianischen Staatseinnahmen konnten aber erhöht werden durch vermehrte Bemühung um Teilnahme am Weltmarkt: mehr Export von Gas und Öl und Agrarprodukten. Und die Erlöse auf dem Weltmarkt wurden dem bolivianischen Staat in Form von Dollars eingespielt. Die fortschreitende Integration in den Weltmarkt hat aber auch die andere Seite: Sie hat zugleich die Notwendigkeit geschaffen, diese Devisen für Importe zu benutzen, z.B. für die nationale Nahrungsmittelversorgung, die durch das Vorantreiben der Agrarexporte nach und nach ruiniert wurde. Auch die Märkte im informellen Sektor, auf denen sich die Mehrheit der Bevölkerung versorgt, werden mit importierten Gütern beschickt. Die Folge ist, dass nicht nur immer weniger Dollars ins Land fließen, sondern andererseits für die vermehrten Importnotwendigkeiten der bolivianischen Nation immer weniger Dollars zur Verfügung stehen. Dies wirkt sich negativ auf die Währung dieses Staates aus und sorgt dafür, dass er sich immer schwerer tut, internationalen Kredit zu bekommen.

— Für die Fortführung der Politik des MAS tut sich damit ein harter Gegensatz im Staat auf: Die soziale Verwendung der Staats-Einnahmen wird prekär und das wird angesichts der Krise gegen die Regierung Morales gewendet: Die Verwendung der Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft für soziale Ausgaben müsse zurückgeschraubt werden zugunsten der Modernisierung vorhandener Förderungstechnologien oder neuer Förderquellen.

An dem Grund der Armut der Leute im Land hat sich einerseits nichts geändert, andererseits schwindet mit dem Sinken der Einnahmen die Grundlage für die Schaffung neuer Verhältnisse immer mehr. Wovon die Bewegung gelebt und weswegen sie unterstützt wurde, nämlich das Versprechen einer Perspektive für die Leute: Verhältnisse, in denen sie gefragt und benutzt werden und darüber ein Einkommen haben, das steht immer weniger in Aussicht.

IV. Dass der Staatshaushalt die Ausgaben für das gesellschaftliche Erneuerungsprogramms nicht mehr hergibt, löst einen Streit innerhalb des MAS aus, wie weiterhin Politik für Bolivien gemacht werden kann und soll. Zudem tritt eine dem MAS grundsätzlich

310 entgegengesetzte rechte Alternative in Aktion, die den Wählern offenbar so sehr eingeleuchtet hat, dass sie sie an die Macht gebracht haben.

— *Der Streit, wie kann und soll die MAS-Regierung mit der Krise umgehen, rührt daher, dass sie einerseits aufgrund fehlender Haushaltsmittel die Sozialleistungen und Ausgaben für Gesundheit, Bildung etc. kürzt. Das hat die dem Programm von Morales*  
315 *entgegengesetzte Konsequenz, dass die Leute weniger zum Leben haben, der informelle Sektor wächst und Arbeitskräfte gekündigt werden. Andererseits soll zugleich das Programm, mit Hilfe staatlicher Unterstützung alle zu qualifizieren und zu befähigen, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen und für den Staat produktiv sein zu können, vom Zweck her aufrechterhalten werden.*

320 Ja, die Grundlage der Auseinandersetzung ist das Programm der Entwicklung der bolivianischen Nation, die auch den armen Teilen der Bevölkerung eine Perspektive weisen soll. Dazu braucht es staatliche Finanzmittel. In der Krise werden diese beiden Seiten aber *gegeneinander* gehalten: Um das Programm weiter verfolgen zu können, sollen staatliche Finanzen konsolidiert, Ausgaben eingegrenzt und der Staatshaushalt gefestigt werden. Das  
325 wird gegen die andere Seite gehalten, die anführt, dass trotz der Haushaltsnöte noch eine volksfreundliche Politik gemacht werden soll.

Der Widerspruch, trotz fehlender Mittel an dem Programm fürs Volk festzuhalten, führt innerhalb des MAS nicht zu einem Kompromiss, *wie* in dem Dilemma das Programm noch fortgeführt werden kann. Vielmehr berufen sich die Führungsfiguren des MAS auf die  
330 Unzufriedenheit der Leute mit den Ergebnissen des Erneuerungsprogramms und sprechen der jeweils anderen Position ab, den versprochenen sozialen Fortschritt noch zu vertreten, während sie selbst den richtigen Dienst des Staats am Volk umsetzen wollen. So führen sie einen Kampf auf *ideologischer* Ebene als Frage des recht verstandenen Regierens. Damit ist der gemeinsame Ausgangspunkt – dass der Staat seine Einkünfte dazu verwenden soll, die  
335 Bevölkerung zu befähigen, sich einen Lebensunterhalt zu schaffen, um darüber auch einen produktiven Beitrag zu den Staatseinnahmen und der gesellschaftlichen Entwicklung zu leisten – in eine innerparteiliche Feindschaft überführt, mit der sie ihre Partei zerlegen.

In diese Lage hinein bietet ein neuer Mann den Leuten eine rechte politische Alternative. Seine Parole heißt *Kapitalismus für alle*. Die räumt grundsätzlich damit auf, dass der  
340 Fortschritt der Nation dadurch vorankommt, dass der Staat seiner Bevölkerung Perspektiven zum Geldverdienen eröffnet und dafür Ausgaben tätigt. Vielmehr kommt es auf die Geschäfte an, die an Bolivien und von Bolivien ausgehend woanders stattfinden. Für deren Erfolge soll sich der Staat einsetzen und geeignete Bedingungen schaffen. Auf die Weise könnten Geschäftsmöglichkeiten für alle entstehen, so dass Staat und Volk davon profitieren.  
345 Allen Bolivianern wird so etwas wie ein Recht zum Geldverdienen versprochen, wie auch immer geartet. Dieses Programm präsentiert sich als Generalabsage an alles, was sich die Bewegung zum Sozialismus vorgenommen hat, und hält ihr entgegen, mit Alimentierung des Volkes das ersetzen zu wollen, was das freie Geldverdienen schafft.

— *Dabei ist es gar nicht so, dass der MAS das Geldverdienen durch Alimentierung der*  
350 *Leute ersetzen wollte. Diese Zuspitzung seitens der Rechten zeigt die Absage an die soziale Seite des staatlichen Bezugs auf das Volk, und das nicht erst bei einem zerrütteten Haushalt. Die Idee, den Leuten, die alle schauen müssen, wie sie Geld verdienen können, dazu staatliche Unterstützung zuteil werden zu lassen, ist bei rechten Politikern allgemein als bloßer Abzug vom nationalen Reichtum verpönt. Sie betreiben eine Wirtschaftspolitik, die*  
355 *die starken Privateigentümer stärkt, weil sie darin die Chance auf Nationalreichtum für einen starken Staat sehen.*

Das ist im Unterschied zu den internen Streits des MAS eine politische Position, die die MAS-Politik als gescheitertes Volksversorgungsprogramm verurteilt, gegen die das Recht auf uneingeschränktes Geldverdienen gesetzt werden soll. Als sie an die Macht gekommen  
360 war, hat die rechte Alternative sofort Beschränkungen des Kapitals und sonstiger Geschäftsinteressen rückgängig gemacht, eine Arbeitsmarktreform zur profitablen

Benutzung der Arbeitskräfte und eine Landreform durchgeführt, die den geschäftlichen Zugriff des Großkapitals auf das Bodeneigentum fördert.

\*

365 — Gibt es nicht durchaus eine Gemeinsamkeit der Positionen des MAS und der des  
rechten Präsidenten? Gehen nicht beide vom Standpunkt eines funktionierenden  
Kapitalismus aus? Morales hatte den Vorgängern vorgeworfen, die Geschäfte der meist  
europastämmigen Energiekonzerne gefördert zu haben, was den größten Teil der  
370 Bevölkerung von der Reichtumsproduktion und von politischer Teilhabe ausgeschlossen  
hatte. Das wollte er ändern und die überflüssig gemachte Bevölkerung als produktiven Teil  
dieses Kapitalismus anerkennen, einbeziehen und für die Ökonomie der Nation nützlich  
machen. Sein Standpunkt war also, alle Ressourcen des Landes für einen florierenden  
Kapitalismus einzuspannen, der dem Volk und der Nation zugute kommt. Die rechte  
Alternative strebt auch einen erfolgreichen nationalen Kapitalismus an, verteuert aber jede  
375 soziale Unterstützung und Reglementierung als schädlich für die Reichtumsproduktion und  
damit auch für das Wohlergehen aller. Sind das nicht nur zwei Pole des gleichen  
Standpunkts, dass es auf den Erfolg des Kapitalismus ankommt, damit es der Nation gut  
geht?

— Die vertretenen Positionen sind kein Dialog der Herrschenden mit dem Volk zu  
380 volkswirtschaftlichen Fragen, wie der Reichtum der Nation am besten gewährleistet wird.  
Nachdem das Versprechen, das Morales durch die Politisierung der Bevölkerung gegeben  
hat – der Staat meint es gut mit ihnen und sorgt dafür, dass sie ein besseres Leben haben –,  
nicht mehr zu halten war, haben die Leute offenbar geschlossen, dass dieses Versprechen  
von dem MAS nicht eingelöst wurde. Der ideologische Streit innerhalb des MAS trägt dazu  
385 bei. Die machen sich ja wechselseitig den Vorwurf, Verrat zu begehen.

— Morales hatte nicht das Programm, der Bevölkerung ein gutes Leben zu verschaffen. Er  
wollte das Volk einen und alle, Kapitalisten und die vorher Ausgeschlossenen, zu  
produktiven Teilen der Gesellschaft machen, die zum nationalen Reichtum etwas beitragen.  
Insofern hatte er ein idealistisches Bild vom Kapitalismus, der, wenn man ihn als Regierung  
390 nur richtig organisiert, zum Wohlergehen aller führt. Dagegen wirft die Rechte Morales vor,  
er habe die bolivianische Ökonomie, den Staatshaushalt und den Erfolg der Nation mit  
seinem Volksbeglückungsprogramm zunichte gemacht. Dadurch ginge es den Leuten  
schlecht, die ja vom Erfolg des Kapitalismus abhängen. Also müsse man sich, so die rechte  
Alternative, um die Leistungsträger des Kapitalismus kümmern, dann hätten alle was davon.

395 Morales hatte ein politisches Programm, das davon ausging, dass die Nation darunter leidet,  
wenn ein sehr großer Teil des Volks als überflüssige Bevölkerung aussortiert ist. Deshalb  
muss man die zu produktiven Mitgliedern eines funktionierenden Kapitalismus als Basis  
einer starken Nation machen. Er hat sie als Staatsbürger gleichen Ranges anerkannt und  
wollte sie in die Lage versetzen, für ihr Auskommen zu sorgen und ihren Beitrag in der  
400 Nation zu leisten. Sein Ausgangspunkt ist insofern nicht der Standpunkt, nur ein florierender  
Kapitalismus mache die Nation stark. Auch die jetzt an die Macht gekommene rechte  
Regierung steht nicht auf dem Standpunkt, nur sie wisse, wie Kapitalismus richtig geht. Sie  
definiert die Aufgabe der Politik so, dass sie zum Nutzen der alten ökonomischen und  
herrschenden Eliten zu sein hat. Die Parolen zur Volksbetörung, „Kapitalismus für alle“  
405 oder „Geld für alle“, sind die verlogene ideologische Fassung des rechten Vorhabens, den  
kapitalistischen Interessen, die es in dem Land gibt, wieder uneingeschränkt Gültigkeit zu  
verleihen. Denken soll sich dabei jeder, ihm würden dadurch lauter Perspektiven zum  
Geldverdienen eröffnet.

Das Programm von Morales war dagegen weniger ideologisches Beiwerk sondern der  
410 Idealismus, einen Kapitalismus zum Wohle aller herbei regieren zu können.

— „Kapitalismus für alle“ als das Versprechen, jeder könne es zu etwas bringen, ist eine  
gemeine Lüge. Oder die ideologische Fassung der bitteren Wahrheit, dass sich niemand  
einbilden braucht, den kapitalistischen Kriterien entkommen zu können.

415 — Der neue Präsident Pereira vertritt seine rechte Politik gegenüber dem Volk nicht damit, neoliberale Politik für die alten Eliten zu machen, die die Ökonomie schon immer in der Hand hatten. Mit seinem Versprechen besserer Zeiten durch Senkung von Steuern, Zöllen und günstigen Krediten für alle präsentiert dieser Politiker sich den Leuten in El Alto, dieser großen Anzahl Staatsbürger im informellen Sektor, als die bessere Alternative. So will er die als Wähler für seine Herrschaftsalternative gewinnen.

420 So präsentiert er sich und dafür wurde er gewählt. Praktisch setzt diese neue Regierung derzeit genau die Politik für die alten Eliten ins Werk. Sie sorgt dafür, dass die herrschende ökonomische und politische Elite wieder uneingeschränkt zum Zug kommt.

425 — Deshalb ist er in den ersten Monaten seiner Regierung schon in Gegensatz zu seinen Wählern geraten, der Bevölkerung des El-Alto, die früher eher Anhänger des MAS war. Wie hat der MAS diese seine Anhänger verloren? Eine Anhängerschaft, die er darüber gewonnen hatte, dass er ihnen versprach, unter seiner volksfreundlichen Regierung besser mit ihrem Leben zurechtzukommen. Das Resultat hat den MAS in den Augen dieser Leute blamiert. Dem gegenüber präsentiert sich dieser Rechte als Retter und gute Alternative, die mit einem Rückzug des Staates und mit einem Verzicht auf volksfreundliche Leistungen besser die Interessen der Wähler vertritt. Das unterstellt einen politisierten bolivianischen Bürger, der in einem Verhältnis zur Staatsgewalt steht und beansprucht, dass die Regierung seine Interessen berücksichtigt. Diese politisierten Bürger sind das Ergebnis der MAS-Politik.

435 — Wegen ihrer faktischen Abhängigkeit von den ökonomischen Eliten hat es ihnen sogar eingeleuchtet, dass die Regierung sich zum Programm macht, diese zu fördern. Und sie haben die Lüge geglaubt, dass Kapitalismus für alle heißt, jetzt kommt jeder zu seinem materiellen Recht. Kurze Zeit darauf sind dieselben Wähler enttäuscht gegen die neue Regierung auf die Straße gegangen.

440 Beim nächsten **Jour fixe am 21. September 2026** werden Fragen zu Punkt V. des Artikels behandelt. Die weiteren Themen sind: **1. Die Wahlerfolge der AFD und der Umgang der CDU damit**, und **2. Der Kampf der Partei Die Linke zur Verteidigung der Republik gegen die Absage von rechts**. Zu beiden Themen gibt es Lesetipps auf der Website des Gegenstandspunkts.